

Aussprachen des IRK-Vertreters Beckh mit Bonner Politikern

12. Februar 1964

Einzelinformation Nr. 103/64 über Aussprachen des IRK-Vertreters *Beckh* mit Bonner Politikern zur Passierscheinfrage

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 837, Bl. 15–16 (3. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph – MfS: Wolf, Ablage.

Von einer zuverlässigen Quelle wurde bekannt, dass der Chefdelegierte für Ost- und Mitteleuropa des Internationalen Roten Kreuzes Beckh¹ (Genf) mit dem Bundesminister Krone² und dem Bundesbevollmächtigten für Westberlin v. Eckardt³ Aussprachen über das Passierscheinabkommen⁴ führte.

Krone und Eckardt vertraten Beckh gegenüber die Ansicht, dass die Herbeiführung einer Dauerregelung in der Passierscheinfrage mit ähnlichem Status wie zum Jahreswechsel nicht möglich sei und von ihnen auch nicht bejaht werde. Dagegen halten sie es für möglich, dass zu Ostern 1964 nochmals eine ähnliche Regelung in der Passierscheinfrage wie zum Jahreswechsel erreicht werden könne. Eine endgültige Entscheidung darüber sei jedoch noch nicht erfolgt; geeignete Verhandlungsvorschläge würden von der westlichen Seite nicht vor der ersten Märzhälfte gemacht werden.

Nach den Äußerungen von Beckh haben Krone und Eckardt als entscheidend für den Charakter der Verhandlungsvorschläge der westlichen Seite u. a. die zu diesem Zeitpunkt herrschende Stimmung der Westberliner Bevölkerung angesehen.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Herbert-Georges Beckh, Jg. 1904, Delegierter des IRK für Europa.

2

Heinrich Krone, Jg. 1895, 1964–66 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

3

Felix Heinrich Fedor von Eckardt, Jg. 1903, Journalist und Politiker, 1952–62 Regierungssprecher Adenauers, 1959 Staatssekretär, 1962–65 Bevollmächtigter der Bundesrepublik in Berlin.

4

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

